

Prof. Dr. Uwe Leprich, Institut für ZukunftsEnergieSysteme (IZES)

Energieeffizienz – Die Lebenslüge der Politik

Seit Jahrzehnten gibt es kaum einen Energiekongress in Deutschland, auf dem nicht der „schlafende Riese“ Energieeffizienz beschworen wird. Kein Klimaschutz-Szenario, das die nationalen Klimaschutzziele einhalten will, kommt ohne den Joker Energieeffizienz aus. Die Botschaft „Eine eingesparte Kilowattstunde ist die beste Kilowattstunde!“ räumt noch immer stürmischen Beifall ab, obwohl die meisten diese konsenssuchende Leerformel schon lange nicht mehr ernst nehmen. Ist die Zeit reif in Deutschland, sich von Lebenslügen zum Thema Energieeffizienz zu verabschieden, gibt es Anzeichen dafür, dass die Politik gewillt ist, sich dem Thema wirklich ernsthaft zu widmen und die rhetorischen Nebelkerzen auszupusten?



Uwe Leprich
Foto: Privat

Sowohl der einflussreiche World Energy Outlook der Internationalen Energieagentur (IEA) als auch die unterschiedlichen wissenschaftlichen Leitstudien für die Bundesregierung gehen davon aus, dass für eine Erreichung der langfristigen Klimaschutzziele etwa eine Halbierung des heutigen Energieverbrauchs notwendig ist. Die Ermittlung so genannter technisch-wirtschaftlicher Einsparpotenziale – also die Nutzung derjenigen Möglichkeiten, die heute technisch zur Verfügung stehen und sich über die Lebensdauer der Investition rechnen – nährt die Hoffnung, dass dies auch ohne weiteres möglich sei und zu einem guten Teil durch ökonomisch agierende Verbraucher realisiert werden kann.

In Deutschland gab die Bundesregierung im Herbst 2010 im Rahmen ihres Energiekonzeptes das Ziel vor, bis zum Jahr 2020 den Primärenergieverbrauch im Vergleich zum Jahr 2008 absolut um 20 Prozent zu reduzieren; damit würde die Effizienz rund zwei Drittel zur Erreichung des Klimaschutzziels beitragen (s. Abbildung). Für den Stromverbrauch wurde für den gleichen Zeitraum eine 10-prozentige Verbrauchsreduktion angestrebt. Mit diesen Zielen ging Deutschland bewusst über die der Europäischen Union hinaus, die im Rahmen ihrer 20-20-20-Ziele eine 20%-prozentige Reduktion des Primärenergieverbrauchs gegenüber einem nicht näher definierten Referenzverlauf anstrebt, also keine absolute Reduktion.

Obwohl die Energieeffizienzziele in der Koalitionsvereinbarung der jetzigen Bundesregierung nicht mehr explizit auftauchen und man sich vom Stromeinsparziel wohl bereits verabschiedet hat, wird im ersten Fortschrittsbericht des Bundeswirtschaftsministers zur Energiewende vom Dezember 2014 davon ausgegangen, dass das 20-Prozent-Reduktionsziel des Primärenergieverbrauchs weiterhin gültig ist. Umso mehr muss die Aussage der Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ aufhorchen lassen, die konstatiert, dass „die bisher konzipierten Maßnahmen mit einer ausgeprägten Zielverfehlung verbunden sind“.

Verbraucheraufklärung als Politikersatz?

Dreh- und Angelpunkt der bundesdeutschen Energieeffizienzpolitik ist seit vielen Jahren die Energieberatung und Verbraucheraufklärung. Ihr liegt die Überzeugung zugrunde, dass private Haushalte, Gewerbe- und Industriebetriebe immer dann von selbst diejenigen Einsparinvestitionen durchführen, die sich rechnen, wenn sie ausreichend informiert und aufgeklärt werden. Entsprechend dieser Überzeugung wurden immer schon die Energieberatungen der Verbraucherzentralen finanziell unterstützt und im Herbst 2000 die Deutsche Energieagentur (dena) gegründet, die seither unermüdlich viele

Internetseiten mit Informationen und gut gemeinten Ratschlägen füllt.

Mittlerweile erhärten jedoch immer mehr verhaltensökonomische Erkenntnisse die Gewissheit, dass die Verbraucher nicht die geeigneten Effizienzakteure sind: angefangen von der Unwilligkeit, sich mit einem solchen Randthema überhaupt zu beschäftigen, über eingefahrene heuristische Verhaltensmuster bis hin zu eingeschränkten Rationalitäten lassen sich eine Vielzahl von Gründen finden, warum die Verbraucher sich dieser Thematik weitgehend verschließen. Jedenfalls würde eine Politik, die weiterhin auf die Verbraucher als zentrale Effizienzakteure setzt, die Erreichung von Energieeffizienzzielen wohl nicht wirklich ernst nehmen.

Weichenstellungen in die falsche Richtung

Alle drei nationalen Energieeffizienzaktionspläne (NEEAPs), die bislang als Auflage der EU-Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen seit 2007 erstellt wurden, zeichnen sich durch eine große Zurückhaltung gegenüber wirksamen und zielgerichteten Maßnahmen zur Erschließung der Effizienzpotenziale aus. Von Duktus und Inhalten her dokumentieren sie eher eine lästige Pflichterfüllung gegenüber der EU als den politischen Willen, wirklich etwas erreichen zu wollen. ▶▶

► Hinzu kommen in jüngster Vergangenheit zwei gravierende Sündenfälle, die geeignet sind, das Vertrauen in eine ernst gemeinte nationale Effizienzpolitik zu erschüttern:

- Im Mai 2013 ist die Abschaltspflicht für Nachtspeicherheizungen aus der inzwischen in Kraft getretenen EnEV 2014 gestrichen worden, nachdem sie erst im Jahr 2009 in sie aufgenommen worden war. Somit dürfen die ineffizientesten und klimaschädlichsten Heizsysteme ohne Einschränkung weiterlaufen und eine der wichtigsten Säulen einer zielführenden Stromeffizienzpolitik wurde völlig grundlos demontiert.

- Der geplante Steuerbonus für die Sanierung von Gebäuden ist im Februar 2015 wohl endgültig gestoppt worden. Damit ist eines der nachweislich wirksamsten Instrumente für die energetische Gebäudesanierung vom Tisch.

Auch durch diese Entscheidungen wird dokumentiert, dass die wirksame und systematische Erschließung der vorhandenen Energieeffizienzpotenziale ein extrem vermintes Gelände ist und dass die häufige Behauptung, niemand sei gegen Energieeffizienz, eine zentrale Lebenslüge der Politik ist.

Neustart: Effizienzpolitik durch Geschäftsmodelle?

Der im Dezember 2014 vorgelegte Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE), der sich auf die Erfüllung der selbst gesteckten nationalen Ziele aus dem Energiekonzept bezieht und insofern mehr als die zu erbringende Pflichtübung gegenüber der EU darstellt, setzt immerhin einen neuen Akzent: „Energiesparen als Rendite- und Geschäftsmodell“ sei ein Kernelement der Effizienzstrategie, heißt es dort.

Dazu soll es ein Pilotvorhaben für ein wettbewerbliches Ausschreibungsverfahren im Bereich der Stromeffizienz geben mit dem Ziel, den Stromverbrauch durch eine technologie-, akteurs- und sektorübergreifende Förderung zu senken. Zusätzlich sollen im Rahmen von geschlossenen Ausschreibungen spezifische Bereiche mit bekannten hohen Effizienzpotenzialen adressiert werden. Dafür stehen bis 2018 insgesamt 315 Millionen Euro zur Verfügung.

Dieser Ansatz scheint zu akzeptieren, dass die vorhandenen technisch-wirtschaftlichen Effizienzpotenziale auch nicht ansatzweise durch informierte Verbraucher von selbst erschlossen werden können. Nach derselben Logik sollte der Schwerpunkt einer ernsthaften Energieeffizienzpolitik verlagert werden: weg von der Verbraucherebene hin zu Akteuren, deren Geschäftsmodell auf Energieeffizianzforderungen beruht und die demnach ein existentielles Interesse an Erfolgen haben. Hierfür sind die folgenden Ansätze zentral:

- Die europäische Ökodesign-Richtlinie hat das Glühlampen-Geschäftsmodell genauso zerstört wie das für Geräte mit einer Standby-Leistung von mehr als 2 Watt. Durch deutliche Verschärfung der Höchstverbrauchsstandards in den Produktgruppen und Begrenzung der Zeiträume, innerhalb derer diese Standards von den Herstellern erreicht werden müssen, hätte es die europäische Exekutive in der Hand, erhebliche Effizienzpotenziale innerhalb kurzer Zeit zu erschließen.

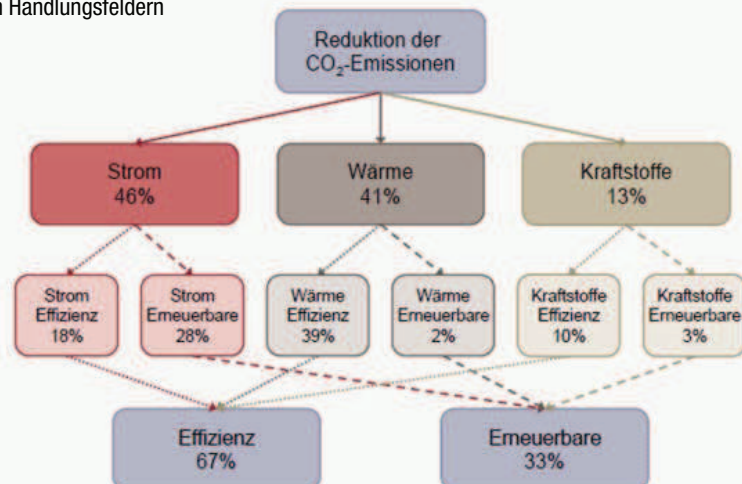
- Mit dem Artikel 7 der Europäischen Effizienzrichtlinie hat die Europäische Union in sehr klarer Weise die Verantwortung für die Erschließung der Energieeffizienzpotenziale auf breitere Schultern verlagert: auf die

der Energieverteiler und/oder Energie-einzelhandelsunternehmen, sprich auf die Strom- und Gasverteilernetzbetreiber und/oder die Strom- und Gaslieferanten. Sie müssen vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2020 mindestens jährliche Energieeinsparungen von 1,5 Prozent ihres jährlichen Energieabsatzes nachweisen. Auch wenn in den folgenden Absätzen des Artikels diese klare Zielsetzung nicht zuletzt auf Druck der Bundesregierung noch erheblich verwässert wurde, wird doch eines klar: die Zeiten der bequemen Arbeitsteilung, wonach die Energieversorger für den Absatz und die Verbraucher für das Einsparen zuständig sind, sind endgültig vorbei.

Flankiert werden könnten diese beiden Ansätze durch eine stufenweise Erhöhung der Ökosteuer, die seit der letzten Erhöhung 2003 zu einer reinen Rentenfinanzierungssteuer degradiert wurde und letztlich keinen ökologischen Mehrwert mehr erbringt. Mit ihr ließe sich insbesondere der Energieeffizienzfonds, den die Bundesregierung mit Blick auf die erwarteten Einnahmen aus dem Emissionshandel 2011 eingerichtet hat, füllen, um größere nicht-standardisierbare Einsparmaßnahmen in Kommunen, in der Industrie und bei Mittelständlern zu finanzieren. ■

Abschätzung der notwendigen Beiträge zur CO₂-Reduktion für den Zeitraum 2010-2020

nach Handlungsfeldern



Quelle: Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“: Stellungnahme zum zweiten Monitoring-Bericht der Bundesregierung, März 2014